

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 15.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und die Postämter der Postämter entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53. Telegramm: Erzgebirge.

Abgabegebühr für den Abdruck von Anzeigen aus dem Erzgebirge: 2.00 Mark, aus dem Erzgebirge: 2.00 Mark, aus dem Erzgebirge: 2.00 Mark. Bei größeren Abdrucken auf besonderen Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 62

Dienstag, den 14. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Tempel meldet aus Berlin, daß auch die Zahlung der lebenden deutschen Räte von 31 Millionen Goldmark von der deutschen Regierung zum 17. d. M. bereitgestellt ist.

Der Papiergeldmarkt hat eine weitere Steigerung um 2 Milliarden erfahren.

Den römischen Betungen zufolge, ist auf Grund bestimmter Mitteilungen der beteiligten Mitglieder die Genuaer Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden.

Der neue Fall Hermes.

Von besonderer Seite in Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Dr. Hermes, der deutsche Revolutionsfinanzminister, hat sich. Noch ehe seine Ernennung zum Reichsfinanzminister erfolgt war, machten die unabhängigen Sozialdemokraten einen neuen Vorstoß gegen den ihnen mißliebigen Mann und trafen aus den Akten der Vergessenheit einen neuen, recht peinlichen Fall Hermes aus, der nicht nur in Parlamenten, sondern überall in Deutschland großes Aufsehen erregt hat. Um was handelt es sich? Um eine armselige Weinkaufgeschichte, die an sich belanglos wäre, wenn nicht der Käufer dieses billigen Weines gerade der kapitalstärkere Reichsminister Dr. Hermes wäre. Die Unabhängigen behaupten, Dr. Hermes habe sehr guten Wein von einem rheinischen Winzerverband zum ungefähren 15. bis 20. Teil des Handelspreises gekauft und dem Winzerverband als Gegenleistung 4000 Tappenzentner Zucker zukommen lassen. Die Unabhängigen berufen sich auf eine Reihe von Briefen und auf die Protokolle der Zuckerverteilungsstelle. Dr. Hermes erklärt, daß an der Sache kein wahres Wort sei und hat die Verleumdungsklage eingereicht. Auch in einem Briefwechsel mit dem Reichskanzler und in einer amtlichen Presseerklärung wird über die Justizverteilung nichts Wesentliches gesagt. Die Angelegenheit hängt also immerhin in der Schwebe. Trotzdem ist Dr. Hermes in größter Eile zum Reichsfinanzminister ernannt worden — und das ist das Bedenkliche an dieser Beschickung. Denn der Reichskanzler hat diese Ernennung vollzogen, weil die Deutsche Volkspartei ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß davon abhängig gemacht hat. Es dürfte im Parlamentarismus ein Novum sein, daß eine außerhalb der Regierungskoalition stehende Partei auf diese Weise der Regierung ihr genehmte Männer förmlich aufdrängt. In den anderen Parteien des Reichstags, bis tief in die Reihen des Zentrums hinein, ist man deshalb auch recht verstimmt über diese eilige Ernennung. Ein Minister und gar erst ein Minister der Finanzen muß persönlich anantastbar sein, und das läßt sich von Dr. Hermes nicht ohne weiteres sagen. War zu oft ist sein Name in der letzten Zeit mit Dingen zusammen genannt worden, die, mögen sich auch nur zum Teil wahr sein, nicht dazu angetan sind, Dr. Hermes für den geeigneten Mann zu halten.

Die reflexlose Aufklärung dieses neuen Falles Hermes ist daher im allgemeinen Interesse dringend, sehr dringend notwendig. Dem hat sich auch der bald zu einer unabhängigen Einrichtung werdende Untersuchungsausschuß des Reichstags gegen Dr. Hermes nicht verschließen können. Die Berichtüberhandlung wird in dieser Affäre kaum genügend Licht schaffen und deshalb hat der Untersuchungsausschuß beschlossen, seine Nachforschungen auch auf diesen neuen Fall auszuweiten. Der kommunistische Abg. Lebt hat sogar den Antrag gestellt, gesamten Briefwechsel bei dem Winzerverband vollständig anzufordern und hat diesen Antrag nicht zurückgezogen, denn Dr. Hermes kann im Augenblick die gravierenden Briefe nicht finden. Auch die anderen Fälle Hermes sind durchaus noch nicht erledigt, wiewohl der amtliche Ausschussbericht etwas voreilig mitteilt, daß die Untersuchung abgeschlossen sei. Die Linksparteien bestehen darauf, daß noch wichtige Zeugen vernommen werden und dazu wird sich der Ausschuss wohl auch noch bequemen müssen. Stellt sich bei all diesen Untersuchungen heraus, daß tatsächlich eine Untertreue des Reichsfinanzministers vorliegt, dann muß Dr. Hermes gehen und einem anderen Platz machen. Diesen Umweg hätte man sich ersparen können, wenn man das Ergebnis der Untersuchungen abgewartet hätte, ehe man Dr. Hermes auf einen Posten berief, für den viele ihn auch aus anderen Gründen nicht besonders geeignet halten.

Gehaltserhöhung der Beamten.

Ab 1. April neue Täge.

In der Nacht zum Sonntag wurden die Verhandlungen in der Reichskanzlei zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft über die Neuregelung der Beamtenbesoldung zu Ende geführt. Die Neuregelung tritt am 1. April in Kraft. Die Frage einer Vorschusszahlung soll im Benehmen mit dem 23. Ausschuß des Reichstages sofort geprüft werden. Die getroffene Vereinbarung, die dem Reich, den Ländern und Gemeinden ca. 30 Milliarden Mark auferlegt, hält die Mitte zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und dem ersten Angebot der Regierung. Am gestrigen Montag wurde in der Reichskanzlei weiter über die Forderungen der Staatsarbeiter verhandelt, die ungefähr zu einem gleichen Ergebnis geführt haben werden. Die festgesetzten Grundgehälter betragen:

- Besoldungsgruppe I: 11 000 bis 16 000 Mark (Mehrbeitrag gegenüber dem bisherigen Gehalt 3750 Mark.)
- Besoldungsgruppe II: 13 500 bis 18 000 (Mehrbeitrag 4250 Mark.)
- Besoldungsgruppe III: 15 000 bis 20 000 (Mehrbeitrag 4250 Mark.)
- Besoldungsgruppe IV: 16 000 bis 21 500 (Mehrbeitrag 4500 Mark.)
- Besoldungsgruppe V: 17 000 bis 23 000 (Mehrbeitrag 4750 Mark.)
- Besoldungsgruppe VI: 18 500 bis 25 000 (Mehrbeitrag 4750 Mark.)
- Besoldungsgruppe VII: 20 000 bis 27 000 (Mehrbeitrag 4250 Mark.)
- Besoldungsgruppe VIII: 22 000 bis 31 000 (Mehrbeitrag 4500 Mark.)
- Besoldungsgruppe IX: 25 000 bis 36 000 (Mehrbeitrag 4500 Mark.)
- Besoldungsgruppe X: 28 000 bis 42 000 (Mehrbeitrag 4000 Mark.)
- Besoldungsgruppe XI: 32 000 bis 48 000 (Mehrbeitrag 8000 Mark.)
- Besoldungsgruppe XII: 40 000 bis 60 000 (Mehrbeitrag 2500 Mark.)
- Besoldungsgruppe XIII: unverändert.

Die Ortszuschläge werden den neuen Grundgehältern angepaßt. Die prozentualen Teuerungszuschläge, die auf die Grundgehälter, Ortszuschläge und Kinderzuschläge gewährt werden, werden von 20 auf 25 Prozent erhöht, der Kopfsatz auf 25 Prozent festgesetzt, dieser also um 500 Mark bei jedem Beamten erhöht. Außerdem wird ein Frauenaufschlag als neuer Gehaltsbestandteil eingeführt, der für die Ehefrau eines Beamten 1000 Mark beträgt. Kinderzuschläge bleiben unverändert. Die gesamten Mehrausgaben werden auf 30 Milliarden geschätzt. Welcher spricht die Finanzverwaltung schon wieder davon, diese Mehrausgaben einseitig durch neue Tarifierhöhungen bei Post und Eisenbahn zu bestreiten. Das ist die berühmte Schraube ohne Ende, und es ist an der Zeit, daß man endlich einmal darüber nachdenkt, wie man unsere Verhältnisse durch kaufmännische Betriebsweise und durch eine organische Reform wirtschaftlich gestalten kann.

Neue Erschwerung des Grenzverkehrs mit Oesterreich.

Reichsminister Dr. Koerber hat kürzlich auf die Interpellation Helle und Genossen wegen Beseitigung der Bagatelien im Verkehr mit Oesterreich geantwortet, die vom Interpellanten und den Vertretern aller Fraktionen erhobenen Forderungen zu verwickeln. Wie Abg. Helle im Hauptausschuß am Montag feststellte, sind aber in Wirklichkeit die Schwierigkeiten noch schlimmer geworden. Sogar der kleine Grenzverkehr ist inzwischen verschärft, während Erleichterungen nirgends sichtbar geworden sind. Helle hat den Minister dringend, nunmehr endgültig und schleunigst für Abhilfe zu sorgen. Die Handelspolitik auf diesem Gebiet: könne sonst eine politische Verstimmung von schweren nationalen Folgen nach sich ziehen. Wenn die tschechischen Nachbarn mehr entgegenkommen als das Deutsche Reich leistet, so müsse das auf den Anschließwillen Oesterreichs verhängnisvoll wirken. Reichsminister Dr. Koerber gab darauf erneute Zusagen, von denen man nur hoffen kann, daß sie nicht wieder von nachgeordneten Stellen in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Der Putsch in Südafrika.

Auch wenn die blutigen Arbeiterunruhen in Südafrika bald unterdrückt sein dürften, so ist es doch überaus bemerkenswert, daß der Polizeiwismut und die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Regime, auch im

Bergengebiet des südlichen Afrika hat. Zweifellos kann man auch hier von einer Nachwirkung des Krieges reden. Vorher, der Premierminister von Britisch-Südafrika, konnte es ja seinerzeit garnicht abwarten, den Dank für die deutsche Unterstützung der Buren in der merkwürdigen Gestalt eines Kriegseintritts gegen Deutschland abzustatten. Die Folge davon ist gewesen, daß sich die sozialen Gegensätze auch in Südafrika verschärft haben. Lediglich dem Krieg ist es wohl auch zuzuschreiben, daß sich so viele Waffen in den Händen der streikenden Arbeiter befinden. Früher spielte in den Minengebieten lediglich der Revolver eine Rolle, heute verfügen die roten Revolutionäre von Johannesburg über Handgranaten, Gewehre und sogar Maschinengewehre. Freilich sind ihnen die Regierungstruppen mit ihren Flugzeugen und Panzerautomobilen überlegen. Aber auch wenn der Aufstand jetzt blutig unterdrückt werden wird, werden sich die weiteren Nachwirkungen noch lange geltend machen. Und zu den vielen überseeischen Sorgen gesellt sich für England jetzt auch noch die Gefahr eines schändlichen Konfliktes in den südafrikanischen Berggebieten.

Kleine politische Meldungen.

Bedenken des Reichsrates gegen das Reichsmietengesetz. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, hat der Reichsmietengesetz, das vor kurzem vom Reichstag angenommen wurde, bis jetzt noch nicht die Genehmigung des Reichsrates gefunden. Es sollen sich in den Kreisen des Reichsrates Bedenken dagegen erheben, das Gesetz in seiner jetzigen Form überhaupt anzunehmen, weil es ein verfassungswidriges Gesetz sei und weil es Verhältnisse enthalte, die dem Reichsrat nicht vorgelegen haben, sondern vom Reichstag selbständig hineingearbeitet wurden.

Neue Steuerpläne. In parlamentarischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß die neuen Steuern nicht im entferntesten die notwendigen Einnahmen erbringen, um die Anforderungen des Reiches zu decken. Man rechnet auch in den Mittelparteien damit, daß bis Ende des Jahres sich derartige neue Ausgaben angehäuft haben, daß man an neue Steuerquellen denken muß. Das hat auch den Ausschlag bei der Verhandlung über die Steuern gegeben. Man trägt sich mit der Ansicht, sofort nach der Erledigung der jetzigen Steuerentwürfe wieder auf die Steuerfrage zu gehen. — Nur zur Wahrung der Steuerzahler so exponiert ist, daß er nicht mehr zahlen kann, bleiben die Steuern auf dem Papier stehen.

Reichswirtschaftsrat und Genua. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigt sich gestern mit Punkt 4 der Tagesordnung für Genua: Finanzfragen. Der Ausschuß kam zu dem Schluß, daß es angeht, die ganze Weltlage für Deutschland unumgänglich ist, bestimmte Vorschläge zu machen. Als allgemeine Richtlinie wurde der Entwurf eines Gutachtens des Vorsitzenden Georg Bernhart angenommen, der als besondere Notwendigkeiten die Revision der internationalen Verschuldung und die Beendigung der unproduktiven Goldanhäufung in den übervalutarischen Ländern durch Ueberlassung von Krediten an die goldarmen Länder hervorhebt.

Streikverbot für Beamte. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, die Vorarbeiten für das neue Beamtenrecht seien soweit geblieben, daß demnächst ein Gesetzentwurf dem Reichsrat zugehen werde. In dem Entwurf werde auch das Streikverbot der Beamten hineingearbeitet werden. Streike ein lebenslanglich angestellter Beamter, so solle er die Beamten-eigenschaft verlieren. Es stehe ihm binnen vier Wochen das Klagerrecht gegen den Entschluß zu. Endgültig entlassene Beamte können erst nach frühstens fünf Jahren wieder eingestellt werden.

Für die notleidende Wissenschaft. Der Hauptausschuß des Reichstages hat bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern einen von fast allen Parteien unterzeichneten Antrag angenommen, den Förderungsbeitrag für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaften von 20 auf 40 Millionen Mark zu erhöhen.

Eine Vertrauensklärung der Volkspartei. Am Sonntag und Sonntag tagte in Berlin unter dem Vorherrsche des Abgeordneten Stresemann der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei. Dr. Stresemann gab den Bericht über die politische Lage. Die sich daran anschließende Aussprache endete mit der Annahme einer Entschließung, in der der Parteileitung der Reichstagsfraktion und den freisinnigen Ministern das einmütige Vertrauen ausgesprochen wurde.

Die Moratoriumsfrage. Das Echo de Paris meldet zur Moratoriumsfrage: Die Finanzminister haben keine Entscheidung getroffen, sondern lediglich die Vorschläge der Reparationskommission gebilligt, die Deutschland nur für drei Monate eine Zahlungsstundung bewilligen wollen. Die nächste Sitzung der Reparationskommission findet am Sonntag statt. Erst dann wird eine Mitteilung an die deutsche Regierung abgehen können.

Die englischen Vorschläge für die Ortswahlreform. Der diplomatische Berichterstatter des Oberbergs meldet: Die drei Hauptvorschläge, welche Lord Curzon der bevorstehenden Pariser Konferenz über den nahen Osten unterbreiten werde, sind: 1. die Errichtung von Smyrna durch die Griechen, der Schluß der griechischen Kinderheiden in Kleinasien und die Abgabe von Kibis-Sinia in Syrien.